

# Produktivitätsfortschritt und Massenarbeitslosigkeit – oder nehmen uns die Produktionsroboter die Arbeitsplätze weg?

Diskussionspapier für die Hamburger Programm-Gruppe der „Wahlalternative Arbeit  
und soziale Gerechtigkeit“ (WASG)

von  
Egbert Scheunemann

Stand: 16. August 2004

Um die Quintessenz der nachfolgenden Überlegungen vorwegzunehmen: Die Produktionsroboter (als Synonym für den gesamten wissenschaftlich-technischen und organisatorischen Fortschritt im Produktionsprozess) nehmen uns in der Tat – und zum Glück! – immer mehr Arbeit ab. Die in Jahrzehnten gewachsene und seit Jahrzehnten andauernde Massenarbeitslosigkeit in der BRD und in den meisten anderen westlichen Industrieländern hat mit dem kontinuierlichen Produktivitätsfortschritt aber nichts zu tun. Nicht der Umstand, dass es (ebenso zum Glück!) immer wieder regnet, ist schuld daran, wenn wir nass werden und uns eine Erkältung holen – sondern der Umstand, dass wir so dumm waren, uns vor diesem unvermeidlichen Naturphänomen nicht adäquat zu schützen (via Regenschirm oder Dach überm Kopf). Nicht der Umstand, dass die Wissenschaftler und Ingenieure, die Softwareentwickler und Organisationsfachleute den Produktionsprozess immer produktiver gestalten, ist schuld an der Massenarbeitslosigkeit, sondern die Unfähigkeit neoliberal-angebotstheoretisch angeleiteter Politik (allgemeine Wirtschaftspolitik, Arbeitsrecht etc.), die grundsätzlich positiv zu bewertenden Produktivitätsfortschritte in wachsenden materiellen wie Zeitwohlstand für ALLE zu transformieren – statt in Arbeitslosigkeit für viel zu viele. Der Produktivitätsfortschritt MUSS entweder in real (also inflationsbereinigt) steigende Masseneinkommen verwandelt werden (damit aus dem wachsenden Produktionspotenzial auch *real steigende Produktion* resultieren KANN) oder er MUSS in kontinuierliche Arbeitszeitverkürzungen transformiert werden – oder wünschenswerterweise in eine KOMBINATION von anteilig beidem – , sonst entsteht ZWINGEND Arbeitslosigkeit.

Die Nachkriegsentwicklung in den meisten westlichen Industrieländern war lange Zeit (bis etwa Mitte der 1970er Jahre) durch diese relativ krisenfreie, Vollbeschäftigung garantierende (ja oft sogar *Überbeschäftigung* produzierende!) Kombination gekennzeichnet: Die steigende Produktivität wurde umgewandelt in drastische *Arbeitszeitverkürzungen* (kürzere Wochenarbeitszeiten, längerer Urlaub, längere Schul- und Ausbildungszeiten, frühere Verrentung, höhere Krankenstände etc.) UND in *steigende Produktion*, die *gekauft* werden konnte aufgrund *steigender realer Lohn-* und anderer *Masseneinkommen* (via sozialstaatlicher Umverteilung). Die Auflösung dieses Zusammenhanges durch die neoliberal-konservative Wende

(eigentlich schon unter Helmut Schmidt) ist DIE Erklärung für die entstandenen wirtschaftlichen Probleme und vor allem für die gewachsene und immer weiter wachsende Massenarbeitslosigkeit! Wir leben seit Jahrzehnten nicht, wie uns immer wieder und reihum eingebleut wird, *über* unseren Verhältnissen, sonder weit *darunter!* Wären die kontinuierlichen Produktivitätszuwächse weiterhin *adäquat* in kürzere Arbeitszeiten *und* steigende reale Masseneinkommen verwandelt worden – unser Zeit- und Güterwohlstand würde dramatisch *über* dem heutigen liegen! Es gäbe keine Arbeitslosigkeit, und die öffentlichen Haushalte wären konsolidiert, weil aus ihnen Arbeitslosigkeit nicht mehr finanziert werden müsste und weil sie sich auf viel mehr steuer- und abgabenzahlende Beschäftigte, also eine viel größere Besteuerungs- und Abgabebasis stützen könnten – was wiederum drastische *Reduktionen* der Steuer- und Abgabenzahlungen des *einzelnen* Beschäftigten ermöglichen würde (sinkende *individuelle* Besteuerungs- und Abgabenquote).

Wenn also in einer Situation kontinuierlich steigender Produktivität von neoliberaler Seite gefordert wird, dass die Staats- bzw. Sozialquote am BIP (Bruttoinlandsprodukt) für alle Zukunft 40 Prozent<sup>1</sup> nicht übersteigen darf (ja gesenkt werden muß, damit sich „Leistung wieder lohnt“), wird also faktisch gefordert, dass zukünftig nur noch die im Produktionsprozess stehenden Menschen vom weiteren Produktivitätsfortschritt profitieren sollen – und alle anderen, also die große und *wachsende* Mehrheit der Bevölkerung, nicht mehr (adäquat): In der BRD arbeiten, um diesen Zusammenhang an konkreten Zahlen zu verdeutlichen, ca. 38 Millionen Menschen (Erwerbstätige) für insgesamt 82 Millionen Menschen, also für sich selbst und für alle anderen, nicht im Produktionsprozess stehenden (Alte, Kinder, Jugendliche in der Ausbildung, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger etc.). WENN also aufgrund der kontinuierlich steigenden Produktivität der Anteil der Erwerbstätigen (im Falle wachsender Teilzeitbeschäftigung: der Anteil der Erwerbs*arbeitszeit* an der gesamten Lebensarbeitszeit) peu à peu zurückgehen KANN, dann MUSS ein immer größerer Teil des BIP an die (anteilig) NICHT arbeitenden Menschen UMWERTTEILT werden – via monetärer Sozialtransfers. Die Sozialquote bei kontinuierlich wachsender Produktivität irgendwo willkürlich zu deckeln, ist also volkswirtschaftlich ABSURD.

---

<sup>1</sup> Die eigentliche Staatsquote (ca. 15 Prozent des BIP) ist nur ein Teil der wesentlich größeren Sozialquote (ca. 40 Prozent des BIP): letztere umfasst neben den „eigentlichen“ Staatsausgaben (für Militär, Polizei, Verwaltung etc.) auch alle Sozialtransfers, also alle sozialen Umverteilungen. Die genauen Größen dieser Quoten sind sehr stark definitionsabhängig und werden deswegen selbst in der wissenschaftlichen Fachliteratur alles andere als einheitlich ausgewiesen. Die genannten Zahlen können aber „ $\pi$ -mal Daumen“ als ziemlich realitätsnah interpretiert werden.